



MARC DÄRCHINGER

Ex-Fraktionsmitglied Hohmann*: Die Deutschen als Täter, die Juden als Opfer – das darf in seiner Weltsicht nicht sein

UNION

Brodelnde Basis

Denkzettel für Angela Merkel: 28 Abgeordnete stimmten gegen den Ausschluss Martin Hohmanns. Der bevorstehende Parteitag wird für die Vorsitzende zur Bewährungsprobe.

Der eine Martin Hohmann ist ein zurückhaltender, höflicher Mittfünfziger, den die Kollegen wegen seiner Hilfsbereitschaft schätzen. Er wurde am vergangenen Freitag nach seinem Rauswurf aus der Unionsfraktion von vorbeieilenden Kollegen aufmunternd begrüßt. Hohmann lächelte: „Ball flach halten.“

Der andere Martin Hohmann verteidigte keine Stunde zuvor seine berüchtigte Rede, die das antisemitische Klischee von den Juden als „Tätervolk“ bediente. Eine Distanzierung lehnte der Major der Reserve ab. „Ich käme mir vor wie ein Deserteur“, sagte er.

Die zwei Gesichter des Martin Hohmann haben es den Konservativen schwer gemacht, den rechtsradikalen Kollegen aus ihren Reihen zu verbannen. Einen sympathischen Kerl verstoßen, nur weil er mal Unsinn geredet hat? Das wollte vielen nicht einleuchten. Andere redeten von der Fraktion als Familie, in der man auch verzeihen können müsse.

Zwar stimmten 195 CDU/CSU-Abgeordnete – mehr als die not-

wendigen zwei Drittel – für den Antrag der Führung, erstmals in der Unionsgeschichte ein Mitglied auszuschließen. Doch eine überraschend große Gruppe verweigerte Fraktionschefin Angela Merkel die Gefolgschaft. 28 Parlamentarier stimmten gegen den Ausschluss, weitere 16 enthielten sich. Das waren weit mehr, als selbst die Pessimisten in der Unionsspitze erwartet hatten. Es sind aber deutlich weniger, als es der Stimmungslage entspricht.

Der Kurs von Merkel, die es erst bei einer scharfen Rüge belassen wollte und

dann doch den Rausschmiss Hohmanns betrieb, leuchtet vielen Abgeordneten nicht ein. „Was hat sich denn seit der letzten Woche geändert?“, fragte der niedersächsische Christdemokrat Hermann Kues im Fraktionsvorstand stellvertretend für viele.

Die Vorsitzende hatte in der entscheidenden Sitzung am vergangenen Dienstag versucht, die Zweifler auf ihre Seite zu ziehen. „Es ist eine politisch notwendige Entscheidung“, drängte sie – um sogleich zu beschwichtigen: „Der menschliche Kontakt bleibt bestehen.“ Viele überzeugte die feinsinnige Unterscheidung nicht. Jede Stimme für Hohmann war dann am Freitag auch eine gegen Angela Merkel.

Der CDU-Chefin stehen harte Wochen bevor. In ihren Wahlkreisen werden die Abgeordneten die Wut der Basis zu spüren bekommen. „Da brodelte es“, sagt ein Mitglied des Fraktionsvorstands. Aufgebrachte Mitglieder überschwemmen die Parteizentrale mit E-Mails, in denen sie gegen die Behandlung Hohmanns protestieren.

Stramm konservative Christdemokraten verteidigen den Hessen auch öffentlich. Wenn man seine Rede im Zusammenhang lese, „dann kann man nicht zu dem Ergebnis kommen, Hohmann sei Antisemit“, sagte der CSU-Abgeordnete Norbert Geis. In Zeitungsanzeigen forderten zahlreiche Parteifreunde vom rechten CDU-Flügel „kritische Solidarität mit Martin Hohmann“. Die Unterzeichner empören sich über „ein politisches Todesurteil als Antwort auf eine Medienkampagne“.

Die Partei ist zerrissen, und das ist für Merkel in der gegen-



DPA

CDU-Chefin Merkel: „Politisch notwendige Entscheidung“

* Nach seinem Ausschluss aus der Fraktion bei einer Abstimmung im Bundestag am vergangenen Freitag.

wärtigen Situation besonders gefährlich. In zwei Wochen will sie auf einem Parteitag in Leipzig ihr Konzept zum Umbau der Sozialsysteme durchsetzen. Viele in der CDU sind über die radikalen Vorschläge beunruhigt. Der Unmut über Hohmann könnte die Delegierten dazu verleiten, ihrer Vorsitzenden einen weiteren Denkartzettel zu verpassen. Dann würde, das weiß sie, sofort eine Führungsdiskussion entbrennen.

Viel Spielraum hatte Merkel nicht. Am vergangenen Montag gab es noch heftigen Widerspruch, als sie im 18 Mitglieder zählenden Geschäftsführenden Fraktionsvorstand ihre Entscheidung verkündete, sich von Hohmann trennen zu wollen. Der frühere Fraktionschef Wolfgang Schäuble riet zur Vorsicht, der nordrhein-westfälische Landesgruppenvorsitzende Norbert Lammert warnte vor einem übereilten Schritt. Nur weil der Berliner CSU-Statthalter Michael Glos ihr zur Seite sprang, konnte Merkel das Ausschlussverfahren durchsetzen.

Dabei hätte den Unionsoberen schon längst auffallen können, welches Gedankengut Hohmann verbreitet. Seit Jahren treibt den freundlichen Herrn die Sorge um, dass Deutschland von einem Schuld-komplex in die Knie gezwungen werde.

Die Deutschen als Täter, die Juden als Opfer, das darf in Hohmanns Weltbild nicht sein. Entweder sind alle Täter – oder keiner. „Hitler begann die Judenvernichtung im dritten Kriegsjahr. Damals beklagte fast jede deutsche Familie schon ein oder mehrere Opfer, seien es gefallene männliche Angehörige, seien es Tote durch Bombenangriffe der Alliierten“, schrieb er 1998 in dem Sammelband „Kurswechsel“.

In dem kruden Geschichtsbild, dass sich der Reserveoffizier zusammengezimmert hat, spielt die deutsche Wehrmacht eine wichtige Rolle: „Wir brauchen heute Wiedergutmachung, Zähigkeit und Opferbereitschaft. Wir haben hierbei unsere Weltkriegsteilnehmer als große unerreichte Vorbilder“, schrieb Hohmann 1995.

Die Vertriebenenverbände forderte er indirekt sogar zum Widerstand auf: „Das Unrecht der Vertreibung ruft nach Vergeltung“, sagte er 1998 beim „Tag der Heimat“ im Fuldaer Kolpinghaus. Was er damit genau meinte, ließ er offen.

Seine Gedanken kreisen um die „zwölf unseligen und verbrecherischen Jahre unserer Geschichte“ – und er sieht eine Verschwörung. Der Nationalsozialismus werde „mit wachsendem zeitlichen Abstand zunehmend instrumentalisiert, um uns Deutsche zu bestimmten Verhaltensweisen zu veranlassen“, sagte er am 3. Oktober 2000 in seiner hessischen Heimat. „All das



Ministerpräsident Koch: Den schonenden Umgang gerechtfertigt

legt sich mit der Zeit wie Mehltau oder besser gesagt wie eine Viruserkrankung auf uns Deutsche, die alles durchdringt und den ganzen Organismus schwächt“.

Als Indiz führte Hohmann „das schwache Abschneiden unserer Olympia-Mannschaft“ in Sydney an. Sein Fazit: „Da hat möglicherweise manchem der positive Ansporn gefehlt, für sein Land, für Deutschland zu kämpfen.“

Mehrere Abgeordnete hatten Hohmann in den vergangenen Jahren auf seine rechts-

in einem Bericht des ZDF-Magazins „Frontal 21“ das Schreiben des Generals als Rechtfertigung in die Kamera hielt. Er sagte: „Eine Entschuldigung wäre, glaube ich, ein Signal, dass die Tatsachen nicht stimmen. Die Tatsachen sind aber richtig.“

Nach einer Zusammenkunft der Ministerpräsidenten am vorvergangenen Donnerstag nahm Merkel CSU-Chef Edmund Stoiber beiseite: Der Fall Hohmann sei möglicherweise noch nicht abgeschlossen.

Zwei Tage später musste Merkel entsetzt in der Zeitung lesen, dass der Karlsruher CDU-Bundestagsabgeordnete Axel Fischer den wachsenden Ausländeranteil in deutschen Großstädten als „Horrorzenario“ bezeichnet hatte und damit in den Hohmann-Kontext rückte. „Wir müssen einen Schnitt ziehen“, sagte sie zu Vertrauten. Doch wie den Schwenk plausibel machen?

Die Lösung ergab sich am Sonntagnachmittag im Gespräch mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion, Volker Kauder. Der schlug Merkel vor, von Hohmann einen umfassenden Widerruf zu fordern. Sollte er sich weigern, müsse er gehen. Merkel stimmte zu.

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer wurde kurz vor einem Auftritt in der ARD-Sendung „Sabine Christiansen“ von Kauder über die neue Entwicklung informiert. Trotzdem verteidigte Meyer noch die öffentlich scheinbar feststehende Entscheidung, Hohmann in der Fraktion zu lassen.

Der hessische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Roland Koch erfuhr erst am Montagmorgen von dem Kurswechsel. Am Abend hatte Koch noch bei einer Gedenkfeier in der Frankfurter Westend-Synagoge den schonenden Umgang seiner Partei mit Hohmann gerechtfertigt. Zahlreiche Anwesende waren aus Protest gegangen.

Das entscheidende Gespräch mit Hohmann fand am Montag gegen 13 Uhr statt. Von einer umfassenden Entschuldigung wollte er nichts wissen. Für Merkel war die Sache damit klar.

Die hessische CDU wird nun ein Parteiausschlussverfahren gegen den direkt gewählten Abgeordneten aus Fulda einleiten. Im Parlament haben ihm die Saaldie-ner schon am Freitag einen neuen Stuhl aufgestellt – hinten rechts vom CDU/CSU-Pulk, wo auch der frühere FDP-Politiker Jürgen Möllemann nach seinem Rauswurf aus der Fraktion sitzen musste. Für den religiösen Fundamentalisten ist das kein Grund zur Resignation: „Es wird da etwas ganz Neues kommen“, drohte er vor der Abstimmung in der Fraktion.

HORST VON BUTTLAR, BJÖRN HENGST, RALF NEUKIRCH, CHRISTOPH SCHULT

Gespaltenes Land

Wie schätzen die Bundesbürger die als antisemitisch bewerteten Äußerungen des CDU-Abgeordneten Martin Hohmann ein?

„So was wie Hohmann muss man sagen dürfen!“



Infratest-dimap-Umfrage für das ARD-Magazin „Panorama“ vom 11. bis 13. November, rund 1000 Befragte

gewirkten Thesen angesprochen, auch der zeitweilige Fraktionschef Friedrich Merz war alarmiert. Trotzdem zögerte die Fraktionsspitze, den Parteifreund nach seiner antisemitischen Tirade hinauszuerwerfen.

Am vorvergangenen Montag hatte Merkel auf einer Sitzung des Präsidiums ihre Bereitschaft zur Härte gegen Hohmann erklärt, aber nur wenig Unterstützung gefunden. Der Hesse wurde gerügt und vom Innen- in den Umweltausschuss versetzt. Die Fraktion zeigte sich zufrieden.

Die Entlassung des Bundeswehr-Generals Reinhard Günzel, der dem CDU-Mann in einem Brief zu seiner Rede gratuliert hatte, und der wachsende Mediendruck setzten Merkel unter Zugzwang. Fassungslos sahen die Unionsoberen, wie Hohmann